Entscheidung der EU für eine Förderung von “Bürger- und Alternativmedien in Europa”

**Gemäß des durch das Parlament angenommenen Abschlussberichtes
der EU-Kommission vom 24.06.2008**

Das EU Parlament hat bereits am 25. September 2008 in seiner Plenarsitzung mit einer großen Mehrheit von 471 Ja- zu 42 Nein-Stimmen die Beschlussvorlage des EU-Ausschusses für Kultur und Bildung über gemeinnützige Bürger- und Alternativmedien angenommen. Zuvor war der von der österreichischen Abgeordneten Karin Resetarits erarbeitete Bericht bereits durch den Ausschuss für Kultur und Bildung mit 20 Ja- zu 1 Nein-Stimme angenommen worden.

Der Bericht stellt die Wichtigkeit von Community Medien und insbesondere von CommunityTV Sendern für die Weiterentwicklung Europas dar und gibt an die Mitgliedsstaaten die klare Empfehlung aus diese Projekte zu fördern.

Die Kommission verweist dabei auf eine sehr positive Wirkung von Community Medien auf die Gesellschaft im Sinne von: Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, Integration, interkultureller Dialog, Toleranz und Pluralismus, Informationsaustausch und Bildung, sowie für die Entwicklung von Medienkompetenz. In ihrem Bericht betont die EU-Kommission das große Potenzial, das Community Medien für die politische Bildung und Partizipation in Europa bieten und unterstreicht die Bedeutung von nichtkommerziellen Medien für die positive Entwicklung der Kreativ- und Medienwirtschaft in den jeweiligen Regionen.

**Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. September 2008 zu gemeinnützigen
Bürger- und Alternativmedien in Europa:**

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0456&language=DE>

OSZE fordert Unterstützung für Community Medien

OSZE drängt auf Unterstützung für Community Medien

Geführensplitting auf Landesebene

OSZE Erklärung zur Sicherung der Meinungsfreiheit

Das Fehlen von angemessenen Fördermechanismen für Community Medien kritisiert die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in ihrer jüngsten Erklärung zur Sicherung der Meinungsfreiheit. Community Radio und Community Fernsehen, die sich durch ihren offenen Zugang für alle auszeichnen, spielen für die OSZE eine bedeutende Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung mit Public Value-Programmen. Ihr wirtschaftliches Überleben ist aber in vielen Fällen nicht gesichert. Für die OSZE zählt eine adäquate Unterstützung von Community Medien zu den zehn wichtigsten Herausforderungen zur Sicherung der Meinungsfreiheit in der kommenden Dekade.

Alf Altendorf sieht sich durch die OSZE-Erklärung in seiner Forderung an das Land Salzburg bestärkt. "Es ist hoch an der Zeit, über ein Gebührensplitting zu Gunsten von Community Medien nachzudenken. Das Land Salzburg hat zuletzt über Rundfunkgebühren rund 6 Millionen Euro eingenommen. Nun wurde die Landesmedienabgabe sogar noch erhöht."

UNESCO kritisiert Salzburger Medienpolitik

Kritisiert wurde die Medienpolitik des Landes Salzburg zuletzt auch von der österreichischen UNESCO-Kommission. Mit ausdrücklichem Bezug auf die Konvention hat das EU-Parlament mit über wältigender Mehrheit im September 2008 die Mitgliedsstaaten aufgefordert, mehr Mittel zur Förderung von Community-Medien als Teil einer pluralistischen Medienlandschaft bereitzustellen.

Die Kommission hielt im Hinblick auf das Land Salzburg fest: „Das Bundesland Salzburg zum Beispiel betreibt einerseits keine substantielle Medienförderung, lässt aber andererseits etwa ein Drittel der Rundfunkgebühren (...) ungewidmet ins Landesbudget fließen. Da Medienvielfalt nicht notwendigerweise Meinungsvielfalt bedeutet, kommt dezentralen Initiativen von unten eine immer wichtigere Rolle zu. Eine klare Förderung von Community Medien wären ein ideales Beispiel für die Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.“ Diese Konvention wurde von Österreich 2006 ratifiziert.

http://www.unesco.at/kultur/unesco_kulturelle_vielfalt2009.pdf